

FLUGHAFEN TEGEL: GENUG UNTERSCHRIFTEN

Die Berliner hängen am Flughafen Tegel im Norden der Stadt - vor allem weil er wesentlich schneller zu erreichen ist, als der Flughafen Schönefeld/ BER. Das Volksbegehren zum Stopp der Schließung war daher auch erfolgreich: über 200.000 Menschen haben das Vorhaben unterstützt. Damit wird ein Volksentscheid am 24. September über die Schließung des Flughafens erfolgen.

Weder die Berliner, noch die Brandenburger Regierung möchten jedoch von den bisherigen Plänen für die Schließung absehen. Die Lärmbelästigung in Tegel, Vertragspflichten sowie fortgeschrittene Pläne zur Errichtung eines Innovationszentrums sowie neuer Wohnungen seien wichtige Gründe dafür, die Flughafenfläche freizugeben.

KOMMENTAR

» STREIT IM UN-SICHERHEITSRAT STÄRKT ISLAMISCHEN STAAT «

Von Alice Greschkow

So langsam verliert die UNO ihre Glaubwürdigkeit. Einst eine Institution, die Frieden und globale Kooperation sichern sollte, ist vor allem der Sicherheitsrat meilenweit davon entfernt für den Krieg in Syrien eine Lösung zu finden. Der mutmaßliche Einsatz von Giftgas - es ist nicht der erste - hätte die Mitglieder des Sicherheitsrats zumindest ein wenig konstruktiver stimmen können, aber nein. Man beschuldigt sich gegenseitig und verliert scheinbar das Ziel vor Augen: Null Toleranz bei ABC-Waffen durchzusetzen und Zivilisten zu schützen. Auch wenn unklar ist, was genau geschehen ist, ist es zynisch bei einem fundamentalen Bruch der Syrien-Resolution, die Zivilisten hinter die Machtinteressen und Beschuldigungen zu stellen.

Dafür, dass die internationale Gemeinschaft daran interessiert ist, dem islamistischen Terrorismus den Nährboden zu entziehen, verhält sie sich sehr ungeschickt. Wut, Angst, Trauma, Hoffnungslosigkeit - dieser Cocktail nährt die Eindrücke derjenigen, die davon überzeugt sind, dass die internationale Gemeinschaft kein wirkliches Interesse daran hat, langfristigen Frieden im Nahen Osten zu schaffen. Es ist kein Geheimnis, dass Bürger des Nahen Ostens sich geopolitisch wie Menschen zweiter Klasse fühlen, vor allem nachdem es sich wie ein Déjà-vu anfühlt: Alle streiten sich, am Ende greifen die USA im Alleingang an. Derweilen geht das Sterben weiter und aus Mossul gibt es Berichte, dass sich wieder mehr junge Männer dem IS anschließen - wegen der vielen zivilen Opfer.

»VERSCHWÖRUNGSTHEORIE«

Von Heino Wiese

Wäre es nicht auch denkbar, dass die CIA den Giftgasvorfall in Syrien benutzt hat, um den irrenden Präsidenten Trump wieder auf den rechten antirussischen Weg zu führen? Eine Einigung zwischen Russland und USA zur Befriedigung des Nahen Ostens scheint einigen einflussreichen Kreise in Amerika eine Bedrohung zu sein. Im Übrigen erinnerte das Plädoyer der amerikanischen UN-Botschafterin "verteufelt" an den Lügen-Auftritt des damaligen Außenministers Colin Powell vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, als uns weismacht wurde, dass der Irakkrieg unabdingbar wäre. Colin Powell spricht heute von "dem Schandfleck seiner Karriere". Hoffentlich muss Nikki Haley das nicht auch demnächst über ihren theatralischen Auftritt sagen. Auf alle Fälle haben die Amerikaner heute Nacht erst einmal "zurückgeschlagen". Frau Merkel findet das wieder richtig, genau wie sie schon 2003 für die Unterstützung des Irakkrieges eingetreten ist.

Gugl-Hupf 

TWITTER KLAGT GEGEN US-PRÄSIDENT TRUMP

Der Kurznachrichtendienst Twitter geht gerichtlich gegen US-Präsident Trump und seine Regierung vor. Grund dafür ist, dass das Heimatschutzministerium das Unternehmen zwingen wollte, Daten von Trumps Kritikern weiterzugeben, darunter Telefonnummern und IP-Adressen von Nutzern. Die Forderung entstand nachdem auf dem anonymen Account @ALT_USCIS Kritik und Widerstand vor allem gegen die Einwanderungspolitik des Präsidenten formiert wurde. Twitter ließ verlauten, dass sich der Konzern massiv gegen solche Maßnahmen zur Wehr setzen möchte und es sich dabei um widerrechtliche Angriffe gegen die Meinungsfreiheit handeln würde. Die Trump-Regierung vermutet unter diversen Kritikern auf Twitter unzufriedene Mitarbeiter der Administration, gegen die sie vorgehen möchte.

IMPRESSUM

Herausgeber: WIESE CONSULT GmbH
Heino Wiese, Behrenstraße 73 · 10117 Berlin
Telefon 030.8105888-0 · Fax 030.8105888-29
redaktion@hauptstadt-insider.de ·
www.wiese-consult.com
Handelsregister: Amtsgericht Berlin, HRB 112951 B
USt-IdNr.: DE259602002
Chefredaktion: Heino Wiese (V.i.S.d.P.)

Anzeigenleitung und Abonnement: Alice Greschkow
Telefon 030.810588818
Auflage: 2.000 gedruckte Exemplare
Druck u. Verlag: Mail Boxes Etc. - Versand- u. Büro-
service Schneider e.K., Reinhardtstr. 27b, 10117 Berlin
Satz, Layout: Alice Greschkow, Wiese Consult
erscheint seit März 2007
Fotos: dpa und Archiv www.hauptstadt-insider.de



INSIDER

KINDEREHE: MINDERJÄHRIGE NICHT SCHUTZLOS STELLEN



Von Katja Keul, Sprecherin für Rechtspolitik, Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen:
Quelle: BT-Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Für uns steht das Kindeswohl im Mittelpunkt. Das neue beschlossene Gesetz geht allerdings zu Lasten derjenigen, die eigentlich geschützt werden sollen. Dabei haben sich SPD und CDU von den populistischen Forderungen einer bayrischen Regionalpartei treiben lassen. Wer die Betroffenen ernsthaft schützen will, muss den Weg zu den Familiengerichten eröffnen, damit die Richter über die Aufhebung der Ehe nach Maßgabe des Kindeswohls im Einzelfall entscheiden können. Stattdessen sollen alle Eheschließungen im Ausland, bei denen ein Ehepartner unter 16 Jahre alt ist, pauschal nichtig sein.

Eine solche Nichtigkeit wäre endgültig und nicht mehr heilbar - auch nicht durch die Fortsetzung der Ehe nach Volljährigkeit. Dadurch nimmt man sogar erwachsenen Frauen ihre soziale und finanzielle Absicherung, ohne dass sie überhaupt davon Kenntnis erhalten müssen. Sie verlieren ihre Unterhalts-, Erb- und Versorgungsansprüche und ihre Kinder gelten als nichtehelich und können im Ausland ungefragt sämtliche Statusrechte verlieren.

Es entstehen außerdem sogenannte hinkende Ehen, die in einem Land wirksam und in einem anderen unwirksam sind, mit allen daraus resultierenden Folgeproblemen.

Ob die Aufhebung der Ehe dem Kindeswohl dient, kann nur in einem gerichtlichen Verfahren festgestellt werden. Deswegen ist eine Ausweitung der Aufhebungsmöglichkeiten bei Auslandssehen sinnvoll und angemessen. Nur so kann das Kindeswohl im Einzelfall geprüft und zum Maßstab der Entscheidung werden. Außerdem muss der Wille einer erwachsenen Ehefrau an ihrer Ehe festzuhalten respektiert werden, auch wenn sie bei der Eheschließung noch minderjährig war.

Die pauschale Nichtigkeit der Ehe ist keine Lösung im Sinne der Betroffenen. Dass man in Deutschland künftig generell nur noch mit 18 Jahren heiraten kann, begrüßen wir.

FAHNDUNGSWELLE NACH TERRORANSCHLAG IN ST. PETERSBURG

Nach dem Terroranschlag in der U-Bahn in St. Petersburg, bei dem der Attentäter und 13 Zivilisten ums Leben kamen, ranken sich bisweilen noch immer Spekulationen um die Hintergründe der Tat. Aus Geheimdienstkreisen heißt es, dass der aus Kirgistan stammende Terrorist Akbarschon Dschallow Sympathien für den Islamischen Staat gehabt und einen vergeblichen Versuch unternommen haben soll, in die von der Terrormiliz besetzten Gebiete in Syrien zu reisen.

Derweilen haben sich russischen Behör-

dern verstärkt um die Fahndung potenzieller Terroristen und Hintermänner bemüht. In mehreren Städten wurden elf Personen festgenommen, die für den IS sowie die ehemalige Al-Nusra-Front geworben hatten. Zudem wurde eine Bombe gefunden sowie eine mutmaßliche Verbindung zum St. Petersburger Attentäter.

Die russische Bevölkerung reagierte in Moskau mit einer Kundgebung auf dem Kreml gegen den Terrorismus, in anderen Städten fanden ebenfalls kleinere Demonstrationen statt.

EUROGRUPPEN-TREFFEN AUF MALTA: ÜBERRASCHEND SCHNELLE EINIGUNG

Griechenland kämpft noch immer mit der Wirtschafts- und Haushaltskrise. Bei dem Treffen der Eurogruppe auf Malta erfolgte eine Einigung über weitere Zahlungen und Reformen nach stockenden Verhandlungen in den vergangenen Monaten jedoch überraschend schnell. Eurogruppenchef Jeroen Dijsselbloem verkündete dies bereits am Freitagmorgen nach Beratungen der Euro-Finanzminister.

Für Griechenland wurden weitere Sparre-

formen in Höhe von zwei Prozent der Wirtschaftsleistung ab 2019 beschlossen - vor allem das Rentensystem soll weiter entschlackt werden. Weitere Steuerreformen sollen ab 2020 in Kraft treten.

Im Gegenzug werden Hilfgelder in Höhe von 86 Milliarden Euro nach Griechenland fließen werden. Der Internationale Währungsfonds betont, dass es allerdings noch viele ungeklärte Fragen gibt, vor allem zu den Schuldentrückzahlungen der Griechen.

STARKES WACHSTUM IN DER NACHHALTIGEN BRANCHE

Seit 2005 haben sich die Investitionen in nachhaltigen Branchensparten verzweifacht. Ob erneuerbare Energien, gesunde Ernährung oder Elektromobilität - auch die Anleger haben den Trend erkannt. Mehr als die Hälfte der weltweiten Investitionen in solchen Branchen werden in Europa getätigt, gefolgt von den USA (38%), Kanada, Australien und Japan.

In Europa sind besonders die Skandinavier für Nachhaltigkeit bei den Investitionen sensibilisiert - drei Viertel der Investoren gaben im vergangenen Jahr an, Nachhaltigkeitskriterien bei ihren Entscheidungen zum Anlegen zu berücksichtigen - in Deutschland waren es 60% der Anleger.

Im Bereich der Grünen Energie sind vor allem Photovoltaikanlagen attraktiv für Investoren - mehr als die Hälfte der Mittel fließen in diesen Bereich. Aber auch Wind- und Wasserkraft bleiben weiterhin wichtig. Einfluss auf den Zeitgeist und das Bewusstsein für Nachhaltigkeit haben die Medien, aber auch die Politik - eine progressive Gesetzgebung, die Nachhaltigkeit fördert, motiviert Anleger.

GALERIA KAUFHOF: WECHSEL ZUM 1. MAI IN DER CHEFETAGE

Die strauchelnde Warenhausgruppe Galeria Kaufhof hat nach einem schlechten Weihnachtsgeschäft einen Wechsel in der Chefetage geplant: Olivier Van den Boscche, der nicht nur Vorstandsvorsitzender von Galeria Kaufhof, sondern auch Europachef des kanadischen Mutterkonzerns Hudson's Bay Company (HBC) war, verlässt seinen Posten zum Ende des Monats. Ab dem 1. Mai wird der 50-jährige Europachef des Spielwarenkonzerns Toys'R'Us Wolfgang Link den Posten übernehmen. Galeria Kaufhof hatte das vergangene Geschäftsjahr mit roten Zahlen abgeschlossen

und das soll Link nun kitten. Als neuer Europachef von HBC wird er allerdings nicht nur in Deutschland ein großes Projekt mit der Stabilisierung von Galeria Kaufhof vor sich haben, sondern muss auch in den Niederlanden eine vollkommen neue Warenhauskette des Mutterkonzerns aufbauen, welcher daneben auch den Markteintritt mit der Outlet-Kette Saks Off 5th nach Europa plant - allein in Deutschland sollen in diesem Jahr fünf Filialen öffnen. Die ehemalige Kaufhof-Filiale Carsch-Haus in Düsseldorf wird eine der ersten Filialen sein.

NEUER ARBEITSAGENTUR CHEF: REFORM VON HARTZ IV

Der neue Chef der Bundesagentur für Arbeit, Detlef Scheele, sieht den bürokratischen Aufwand bei der Bearbeitung von Hartz IV als zu hoch - die Mitarbeiter würden zu viel Zeit verlieren. Deshalb macht sich Scheele für eine schlankere Version der Reform stark, damit mehr Ressourcen für die tatsächliche Vermittlung von Arbeitsplätzen übrig bleibt.

In der "Wirtschaftswoche" sagte Scheele konkret: "Wir brauchen Bagatellgrenzen

und Pauschalen, damit unsere Mitarbeiter mehr Zeit für die Vermittlung haben" und kündigte an, mit der kommenden Bundesregierung über die Schwächen und Ideen zur Vereinfachung von Hartz IV reden zu wollen.

Scheele ist nicht der erste BA-Chef, der Schwierigkeiten mit der Praktikabilität sieht, der frühere Arbeitsmarkt-Vorstand Heinrich Alt richtete ebenfalls ähnliche Forderungen an die Politik.

PERSONALIEN

JUNG SOLL AUFSICHTSRATSMITGLIED BEI RHEINMETALL WERDEN

Der frühere Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung (68, CDU) soll Medienberichten zufolge auf einer Hauptversammlung am 9. Mai in den Aufsichtsrat des Rüstungskonzerns und Automobilzulieferers Rheinmetall gewählt werden. Jung hatte im vergangenen Jahr angekündigt, sich für die Bundestagswahl 2017 nicht mehr zur Wahl zu stellen. Mit Dirk Niebel (FDP) ist bereits seit 2015 ein ehemaliger Bundesminister für Rheinmetall tätig.

LAMMERT, WANDERWITZ UND BLIENERT IM STIFTUNGSRAT DER KULTURSTIFTUNG DES BUNDES

Bundestagspräsident Norbert Lammert (68, CDU, Foto l.) sowie die Abgeordneten Marco Wanderwitz (41, CDU, Foto r. oben) und Burkhard Blienert (51, SPD) sind Mitglieder des Stiftungsrats der Kulturstiftung des Bundes. Der Wahl am 30. März lag ein gemeinsamer Vorschlag der CDU/CSU- und SPD-Bundestagsfraktion zugrunde. Als Stellvertreterinnen wurden Dorothee Bär (CSU), Astrid Freudenstein (CSU) und Hiltrud Lotze (SPD) gewählt.

PAU IST SPITZENKANDIDATIN DER LINKEN BERLIN

Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (53) ist am 1. April auf einer Vertreterversammlung der Linken Berlin auf Platz eins der Landesliste für die Bundestagswahl 2017 gewählt worden. Sie erhielt 83,5 Prozent der Stimmen. Pau ist zudem Direktkandidatin für den Bundestagswahlkreis Berlin-Marzahn-Hellersdorf. Diesen Wahlkreis gewann sie mehrmals direkt. Auf Platz zwei und drei der Landesliste wurden Stefan Liebich und Gesine Lötzsch gewählt.

KINO & SAMOSAS IN DER INDISCHEN BOTSCHAFT

Am 12. April öffnet die indische Botschaft die Pforten für Bollywood-Filmliebhaber. Der Film "TERI MERI KAHAAANI - Für Immer und Ewig" wird um 18 Uhr gezeigt, in der Pause werden die Gäste auf Samosas - die traditionellen würzigen Teigtaschen aus Indien - eingeladen. Für die Teilnahme ist eine Anmeldung ttc@indianembassy.de nötig, weitere Informationen zum Einlass und Sicherheitsbestimmungen finden Sie auf der Webseite der Indischen Botschaft.

WORTE DER WOCHE

»Sie reden von Gerechtigkeit – aber vergessen, dass Gerechtigkeit ohne Innovation nicht klappt.«

Angela Merkel greift Martin Schulz an.

»Ich weiß gar nicht, wo wir die ganzen Flugzeugträger hinstellen sollen, die wir kaufen müssten, um 70 Milliarden Euro pro Jahr in die Bundeswehr zu investieren.«

Sigmar Gabriel, Bundesaußenminister, zu amerikanischen Forderungen, das Militärbudget der Nato-Staaten bis 2024 auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu bringen..

»Ich glaube nicht, dass man das hinbekommt, solange die Familie Lafontaine in der Linkspartei tonangebend ist.«

Altkanzler Gerhard Schröder hält eine Koalition mit der Linken im Bund derzeit nicht für realistisch.

»Selbst im digitalen Zeitalter ist Bargeld nach wie vor unerlässlich für unsere Wirtschaft.«

Mario Draghi, Präsident der EZB, zur Einführung des neuen 50-Euro-Scheins.

»Ich würde ihn gern überreden, dass sich Russland dem Westen wieder stärker annähert. Da wir mit einem Amerika unter Trump leben müssen, fände ich es wichtig, dass Russland und Europa miteinander wieder besser kommunizieren.«

Uli Hoeneß würde sich gerne mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin treffen.

»Hier geht es nicht um Putin, sondern um die Menschen.«

Matthias Platzeck, Vorsitzender des Deutsch-Russischen Forums, über die gering ausgeprägte Solidarität mit Russland nach dem Anschlag in St. Petersburg.

»Zweifelsolhne regt die Tatsache, dass die Terrorattncke zu dem Zeitpunkt des Besuchs des Staatschefs verübt wurde, zum Denken an und macht auf sich aufmerksam. Das müssen Geheimdienste analysieren.«

Dmitry Peskov, Kreml-Sprecher., über den Anschlag in St. Petersburg.

»Ich kann es überhaupt nicht nachvollziehen, dass die Rückkehr von Teilzeit auf Vollzeit von den Arbeitgebern und Teilen des Wirtschaftsflügels der CDU massiv blockiert wird. Das ist eine hinterwäldlerische Politik.«

DGB-Chef Rainer Hoffmann unterstützt Bundesarbeitsministerin Nahles bei ihrem Vorhaben ein Recht auf befristete Teilzeit einzuführen..

TERMINE

10.4. BERLIN CAPITAL CLUB MIT DER VERTEIDIGUNGS-STAATSSSEKRETÄRIN SUDER

Frühstücksveranstaltung Berlin Capital Club mit der Staatssekretärin im Bundesverteidigungsministerium Katrin Suder Berlin Capital Club, Mohrenstraße 30, 10117 Berlin (kostenpflichtig)

11.4. BUCHVORSTELLUNG DER URANIA MIT BM NAHLES

Buchvorstellung der Urania Berlin zum Thema „Das gespaltene Land - Wie Ungleichheit unsere Gesellschaft zerstört, und was die Politik ändern muss“, u.a. mit Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles und dem Leiter der SZ-Wirtschaftsredaktion Alexander Hagelüken Urania Berlin, An der Urania 17, 10787 Berlin (kostenpflichtig)

22.4. TAGESPIEGEL-BRUNCH ZU 100 TAGE PRÄSIDENT TRUMP

Frühstücksveranstaltung des Tagesspiegel zum Thema „America great again?“ mit dem US-Korrespondenten des Tagesspiegel Dr. Christoph von Marschall, dem Leiter des Transatlantischen Dialog-Programms der Friedrich-Naumann-Stiftung Claus Gramckow und dem Senior Transatlantic Fellow des German Marshall Fund Sudha David-Wilp Tagesspiegel-Verlagshaus, Askanischer Platz 3, 10963 Berlin (kostenpflichtig)

24.4. PREISVERLEIHUNG DER SCHWARZKOPF-STIFTUNG JUNGES EUROPA

Verleihung der Preise „Junge Europäer*innen des Jahres 2017“ und „Schwarzkopf-Europa-Preis“ durch die Schwarzkopf-Stiftung Junges Europa, u.a. mit der EU-Bürgerrechtsbeauftragten Emily O'Reilly und dem irischen Botschafter S.E. Michael Collins Europäisches Haus, Unter den Linden 78, 10117 Berlin (Anmeldung erforderlich)